

Kirchengesetz über Gemeindeverbände zur Verwaltung von Friedhöfen (Friedhofsverbandsgesetz – FVG)

Vom 4. November 2005

(KABl. S. 199, ber. KABl. 2006 S. 21)

Die Landessynode hat das folgende Kirchengesetz beschlossen:

§ 1

Grundsatz

Zur gemeinsamen Verwaltung von Friedhöfen mehrerer Kirchengemeinden können Gemeindeverbände errichtet werden, wenn dies erforderlich erscheint, um den Friedhofsbetrieb den gesetzlichen Anforderungen entsprechend sowie wirtschaftlich und effektiv zu gestalten.

§ 2

Mitglieder des Gemeindeverbandes

(1) ¹Mitglieder des Gemeindeverbandes können alle Kirchengemeinden eines Kirchenkreises sein, in deren Trägerschaft sich ein Friedhof befindet. ²Der Gemeindeverband soll nicht weniger als fünf Mitglieder haben. ³Die Satzung kann vorsehen, dass der Gemeindeverband durch Vertrag auch die Bewirtschaftung von Friedhöfen in Trägerschaft nicht gemeindeverbandsangehöriger Kirchengemeinden und anderer kirchlicher Körperschaften übernehmen kann.

(2) ¹Ein Gemeindeverband gemäß § 1 kann aus Kirchengemeinden mehrerer Kirchenkreise gebildet werden, wenn in der Satzung bestimmt ist, welcher der beteiligten Kirchenkreise durch seine Organe dem Gemeindeverband gegenüber die Aufgaben des Kirchenkreises nach der Grundordnung und den übrigen kirchlichen Rechtsvorschriften wahrnimmt. ²Die Übertragung bedarf der Zustimmung der beteiligten Kreiskirchenräte.

§ 3

Rechtsstellung

(1) ¹Der Gemeindeverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. ²Er erfüllt die ihm übertragenen Aufgaben im Rahmen der kirchlichen Ordnung in eigener Verantwortung.

(2) ¹Für den Gemeindeverband gelten – soweit nichts Abweichendes in diesem Kirchengesetz bestimmt ist – die für die Kirchengemeinden erlassenen Bestimmungen der Grund-

ordnung und der Kirchengesetze entsprechend. ²Dies gilt insbesondere für die Aufsicht und die Wahrnehmung der Verwaltungsaufgaben.

(3) ¹Die von den Mitgliedsgemeinden als Friedhofsträger wahrgenommenen öffentlich-rechtlichen Aufgaben gehen auf den Gemeindeverband über. ²Dieser ist Träger der Friedhöfe der gemeindeverbandsangehörigen Kirchengemeinden.

§ 4

Errichtung des Gemeindeverbandes und Satzung

(1) ¹Die Errichtung des Gemeindeverbandes bedarf eines gemeinsamen Antrages der Gemeindekirchenräte der beteiligten Kirchengemeinden an das Konsistorium. ²Den dem Antrag zugrunde liegenden gleichlautenden Beschlüssen müssen zwei Drittel der Mitglieder des Gemeindekirchenrates jeder beteiligten Kirchengemeinde zustimmen. ³Der Antrag bedarf ferner der Zustimmung des Kreiskirchenrates, im Falle kirchenkreisübergreifender Gemeindeverbände der Kreiskirchenräte. ⁴Die Errichtung des Gemeindeverbandes wird durch das Konsistorium beschlossen und durch Errichtungsurkunde unter Angabe des Zeitpunktes der Errichtung festgestellt. ⁵Die Errichtung ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des § 1 und eine Satzung nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 vorliegen.

(2) Dem Antrag ist eine durch die Gemeindekirchenräte der beteiligten Kirchengemeinden mit Zustimmung von zwei Dritteln ihrer jeweiligen Mitglieder beschlossene Satzung beizufügen, die der kirchenaufsichtlichen Genehmigung des Konsistoriums bedarf.

(3) Die Satzung muss enthalten:

- a) Zweck und Aufgaben des Gemeindeverbandes;
- b) Namen und Sitz des Gemeindeverbandes;
- c) Regelungen über die Bildung, Zusammensetzung (insbesondere Anzahl der zu entscheidenden beziehungsweise zu bestellenden Mitglieder – auch für den Fall der Zusammenlegung von Gemeindeverbandsmitgliedern), Zuständigkeit und Arbeitsweise der Organe, soweit durch dieses Kirchengesetz nicht geregelt (§ 8 Abs. 1, 3 und 4, § 10 Abs. 1 Satz 1);
- d) Regelungen über die Vermögensnachfolge und Vermögenseinwanderung bei Aufhebung des Gemeindeverbandes;
- e) bei Gemeindeverbänden mit Kirchengemeinden aus mehreren Kirchenkreisen Regelungen nach § 2 Abs. 2 und § 10 Abs. 1 Satz 2;
- f) Maßstäbe zur Deckung des Finanzbedarfs und zum Finanzausgleich zwischen den Friedhofsstandorten;
- g) Regelungen zur Personalüberführung;

- h) Regelungen zur Ausfüllung der Ermächtigungen nach diesem Kirchengesetz, soweit diese in Anspruch genommen werden (§ 2 Abs. 1 Satz 3, § 5 Abs. 3, § 7 Satz 4, § 8 Abs. 2, § 9 Abs. 1 Satz 5, § 10 Abs. 2).
- (4) Änderungen der Satzung bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder der Verbandsvertretung und der kirchenaufsichtlichen Genehmigung des Konsistoriums.

§ 5

Änderungen und Aufhebung des Gemeindeverbandes

- (1) ¹Kirchengemeinden können auf Antrag aufgrund Beschlusses von zwei Dritteln der Mitglieder des Gemeindegemeinderates mit Zustimmung des Kreiskirchenrates – beziehungsweise, soweit die anzugliedernde Kirchengemeinde in einem anderen Kirchenkreis als die gemeindeverbandsangehörigen Kirchengemeinden liegt, der Kreiskirchenräte – durch das Konsistorium bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 1 einem bestehenden Gemeindeverband angegliedert werden. ²Die Verbandsvertretung ist vorher zu hören. ³Die Angliederung wird vom Konsistorium durch eine Urkunde mit Angabe des Angliederungszeitpunktes festgestellt. ⁴Kommt es durch die Angliederung zu einem kirchenkreisübergreifenden Gemeindeverband, gelten § 2 Abs. 2 und § 10 Abs. 1 Satz 2 und 3 entsprechend.
- (2) ¹Über die Aufhebung des Gemeindeverbandes beschließt nach Anhörung der Gemeindegemeinderäte der beteiligten Kirchengemeinden, des Kreiskirchenrates und der Verbandsvertretung das Konsistorium. ²Es stellt die Aufhebung und ihren Zeitpunkt durch Urkunde fest.
- (3) ¹Die Satzung kann vorsehen, dass ein Gemeindeverbandsmitglied auf seinen Antrag zum Ende des auf das Jahr der Antragstellung folgenden Kalenderjahres aus der Mitgliedschaft entlassen werden kann. ²Der Antrag bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Gemeindegemeinderates des antragstellenden Gemeindeverbandsmitgliedes und muss dem Konsistorium spätestens drei Monate vor dem jeweiligen Kalenderjahresende zugehen. ³Die Entlassung aus der Mitgliedschaft ist ausgeschlossen, soweit dadurch der Verbandszweck gemäß § 1 gefährdet wird. ⁴Das Konsistorium beschließt über die Entlassung aus der Mitgliedschaft nach Anhörung der Verbandsvertretung und des Kreiskirchenrates und stellt die Beendigung der Mitgliedschaft und ihren Zeitpunkt durch Urkunde fest. ⁵Die Satzung muss bei Inanspruchnahme der Ermächtigung nach Satz 1 Regelungen über die Vermögensauseinandersetzung, die Personalzuweisung und die Nachhaftung des ausscheidenden Mitgliedes vorsehen.

§ 6

Bekanntmachung

Die Urkunden gemäß §§ 4 Abs. 1 Satz 4, 5 Abs. 1 Satz 3, 5 Abs. 2 Satz 2 und 5 Abs. 3 Satz 4 sowie die Satzung des Gemeindeverbandes und ihre Änderungen werden im Kirchlichen Amtsblatt veröffentlicht.

§ 7

Organe

1Die Organe des Gemeindeverbandes sind die Verbandsvertretung und der Vorstand. 2Mitglieder von Organen des Gemeindeverbandes müssen Mitglied der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz sein. 3Die Organe können sich eine Geschäftsordnung geben. 4Die Satzung kann bestimmen, dass bei Gemeindeverbänden mit nicht mehr als fünf Mitgliedern als Organ des Gemeindeverbandes nur eine Verbandsvertretung gebildet wird, die zugleich die Rechte und Pflichten des Vorstandes wahrnimmt.

§ 8

Verbandsvertretung

(1) 1Jeder Gemeindekirchenrat der Mitgliedsgemeinden entsendet mindestens eines seiner Mitglieder in die Verbandsvertretung. 2Näheres regelt die Satzung, die auch Stellvertretung zulassen kann. 3Mit dem Ablauf der Amtszeit als Älteste oder Ältester oder dem anderweitigen Ausscheiden aus dem Ältestenamte der entsendenden Kirchengemeinde endet auch die Mitgliedschaft in der Verbandsvertretung. 4Der Gemeindekirchenrat hat unverzüglich ein neues Mitglied zu entsenden. 5Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt das ausscheidende Mitglied im Amt. 6Wiederholte Entsendung ist zulässig.

(2) 1Die Satzung kann vorsehen, dass die Verbandsvertretung Dritte ohne Stimmrecht für die Dauer von sechs Jahren in die Verbandsvertretung berufen kann. 2Wiederberufung ist zulässig.

(3) Die Aufgaben der Verbandsvertretung nach der Satzung sind:

- a) Beschlussfassung über Satzungsänderungen (§ 4 Abs. 4);
- b) Beschlussfassung über den Haushalt des Gemeindeverbandes und den Stellenplan, Feststellung des Jahresabschlusses und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes;
- c) Wahl des Vorstandes mit Vorsitzender oder Vorsitzendem und deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter;
- d) Bestellung einer Geschäftsführerin oder eines Geschäftsführers nach Maßgabe des § 10 Abs. 2;

- e) Wahrnehmung der Anhörungsrechte gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2, § 5 Abs. 2 Satz 1 und § 5 Abs. 3 Satz 4;
 - f) Beschlussfassung über den Erwerb, die Veräußerung und Belastung von Grundstücken;
 - g) Beschlussfassung über die Aufnahme von Krediten und Darlehen;
 - h) Entscheidung über außerplanmäßige Investitionen über 20 000 €;
 - i) Beschlussfassung über die Zulassung freier Gewerbetreibender auf den Friedhöfen;
 - j) Erlass von Friedhofsordnungen und Friedhofsgebührenordnungen, soweit kirchengesetzlich nichts anderes bestimmt ist;
 - k) Beschlussfassung über den Abschluss von Verträgen zur Übernahme der Bewirtschaftung von Friedhöfen in Trägerschaft nicht gemeindeverbandsangehöriger kirchlicher Körperschaften (§ 2 Abs. 1 Satz 3);
 - l) Förderung der Verbindung und Zusammenarbeit zwischen dem Gemeindeverband und den Mitgliedsgemeinden.
- (4) ¹Die Verbandsvertretung wird durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Vorstandes, im Verhinderungsfall durch deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter mindestens zweimal jährlich zu einer ordentlichen Sitzung eingeladen. ²Ihm oder ihr obliegt die Sitzungsleitung. ³Näheres regelt die Satzung.

§ 9

Verbandsvorstand

- (1) ¹Der Verbandsvorstand besteht aus mindestens zwei, höchstens fünf Personen. ²Er wird von der Verbandsvertretung für sechs Jahre mit einfacher Mehrheit gewählt. ³Wiederwahl ist zulässig. ⁴Die Vorsitzende oder der Vorsitzende und deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter müssen Mitglieder der Verbandsvertretung sein. ⁵Die Satzung kann die Wahl von Stellvertretern auch für die übrigen Vorstandsmitglieder vorsehen.
- (2) ¹Der Verbandsvorstand führt die Geschäfte des Gemeindeverbandes und nimmt die den Friedhofsträgern nach staatlichem und kirchlichem Recht obliegenden Aufgaben wahr, sofern diese nicht der Verbandsvertretung vorbehalten sind. ²Er ist gesetzlicher Vertreter des Verbandes. ³Artikel 24 der Grundordnung gilt entsprechend.

§ 10

Aufgabenverteilung und Geschäftsführung

- (1) ¹Die Satzung muss Bestimmungen über die Aufgabenverteilung zwischen den Organen des Gemeindeverbandes und dem Kirchlichen Verwaltungsamt treffen. ²Kommen für die Aufgabenwahrnehmung nach § 8 Abs. 1 Satz 3 Nr. 9 des Kirchengesetzes über die Rechtsstellung und Aufgaben der Kirchlichen Verwaltungsämter (VÄG) vom 18. No-

vember 2000 bei kirchenkreisübergreifenden Gemeindeverbänden (§ 2 Abs. 2) mehrere Kirchliche Verwaltungsämter in Betracht, muss die Zuständigkeit durch die Satzung einem Kirchlichen Verwaltungsamt übertragen werden. ³Die Übertragung bedarf der Zustimmung der beteiligten Kirchenkreisverbände. ⁴§ 8 Abs. 2 VÄG bleibt unberührt.

(2) Die Satzung kann bestimmen, dass die Verbandsvertretung die Führung der laufenden Geschäfte im Auftrage und unter Verantwortung des Verbandsvorstandes einer beruflichen Mitarbeiterin oder einem beruflichen Mitarbeiter als Geschäftsführerin oder Geschäftsführer übertragen kann.

§ 11

Vermögen

(1) Mit der Errichtung des Gemeindeverbandes sind die beteiligten Kirchengemeinden verpflichtet, das der Zweckbestimmung des Gemeindeverbandes (§ 1 und § 3 Abs. 3) dienende Vermögen (Sondervermögen/Zweckvermögen) auf den Gemeindeverband zu übertragen.

(2) Für die Verwaltung des Vermögens und der daraus erzielten Erträge sind die Vorschriften des Abschnitts D der Rechtsverordnung über die Art und Höhe der Finanzanteile der Kirchengemeinden und Kirchenkreise und über den Finanzausgleich vom 22. Juni 2001 nicht anzuwenden.

(3) § 1 Abs. 1 und Abs. 4 Satz 1 des Kirchengesetzes über den Anteil der Kirchengemeinden und Kirchenkreise sowie der Landeskirche am Kirchensteueraufkommen der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vom 5. Mai 2001, geändert durch Kirchengesetz vom 13. Juni 2003 sowie § 1 des Kirchengesetzes über Finanzausweisungen an Kirchengemeinden und Kirchenkreise vom 13. April 1997 finden keine Anwendung.

§ 12

Aus- und Durchführungsvorschriften

Das Konsistorium kann Aus- und Durchführungsvorschriften zu diesem Kirchengesetz erlassen.

§ 13

Überleitungsvorschrift

Bestehende Formen gemeindeübergreifender Friedhofsverwaltung sollen bis zum 31. Dezember 2010 in Gemeindeverbände nach diesem Gesetz überführt werden.

§ 14

Inkrafttreten

Dieses Kirchengesetzes tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.